

Als die EU-Außenminister in Brüssel eintreffen, ist viel Wut zu spüren



Von **Christoph B. Schiltz**
Korrespondent in Brüssel

Veröffentlicht am 20.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Kaja Kallas (r), EU-Außenbeauftragte, spricht mit der slowenischen Außenministerin Tanja Fajon (M.) und der schwedischen Außenministerin Maria Malmer Stenergard
Quelle: Geert Vanden Wijngaert/AP/dpa

Die Ankündigung aus Washington für einen neuen Friedensplan hat die europäischen Regierungen kalt erwischt. Denn in Brüssel weiß man: Die Lage für die Ukraine wird immer schwieriger – an allen Fronten.

Immer wieder hatten die Europäer in der Vergangenheit versucht, einen Fuß in die Tür zu bekommen bei den Verhandlungen zwischen Moskau und Washington über eine Beendigung des Ukraine-Krieges, der im Februar 2022 begonnen hat. Bisher vergeblich. Auch von der neuesten US-Initiative zur Beendigung des Konflikts wurden die Europäer eiskalt erwischt. Sie wussten lange Zeit nichts von Geheimgesprächen der Amerikaner mit Moskau und wurden dieses Mal offenbar erst sehr kurzfristig informiert – am Mittwoch dieser Woche, einen Tag vor dem Treffen der EU-Außenminister in Brüssel.

Als die EU-Außenminister am Donnerstagmorgen in Brüssel eintreffen, ist viel Wut zu spüren über US-Präsident [Donald Trump](https://www.welt.de/themen/donald-trump/) (<https://www.welt.de/themen/donald-trump/>) und Russlands Machthaber [Wladimir Putin](https://www.welt.de/themen/wladimir-putin/) (<https://www.welt.de/themen/wladimir-putin/>). „Damit jedweder Friedensplan funktioniert, müssen die Ukrainer und die Europäer an Bord sein“, schimpfte EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas. „Wir Europäer haben immer einen nachhaltigen und gerechten Frieden unterstützt und wir begrüßen alle Initiativen in diese Richtung“, sagte Kallas weiter.

Verhandlungen über einen Waffenstillstand könnten „nur mit der Ukraine besprochen und verhandelt werden“, erklärte auch Deutschlands Außenminister Johann Wadephul (CDU). Der französische Außenminister Jean-Noel Barrot betonte, ein Frieden in der Ukraine dürfe keine „Kapitulation“ für Kiew bedeuten.

Noch deutlicher wurde der niederländische Außenminister David Van Weel, der zuvor lange in einer führenden Position für die Nato gearbeitet hatte: „Es geht hier um das Territorium der Ukraine. Es geht um die Souveränität der Ukraine. Ohne die Beteiligung der Ukraine wird man auch keine Unterstützung der Europäer bekommen.“

Dabei ist die große Frage: Sind Moskau und vor allem Washington überhaupt interessiert daran, die Europäer und die Ukraine einzubeziehen? Die Antwort in Brüssel dazu lautet sarkastisch: „Das hängt von Präsident Trumps Stimmungslage ab.“

Mitte August, nachdem führende EU-Politiker, darunter auch Kanzler [Friedrich Merz](https://www.welt.de/themen/friedrich-merz/) (<https://www.welt.de/themen/friedrich-merz/>) und Frankreichs Staatspräsident [Emmanuel Macron](https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/) (<https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/>) den US-Präsidenten im Weißen Haus besucht hatte, herrschte in Brüssel die Meinung vor, „Trump eingefangen zu haben“, wie es ein EU-Diplomat damals formulierte. In einer gemeinsamen Erklärung – die mit Kiew abgesprochen war – unterstützen die Europäer im August auch ausdrücklich bestimmte Positionen Trumps.

Sie glaubten mittlerweile erkannt zu haben: Man muss dem US-Präsidenten schmeicheln, wenn man seine Unterstützung erhalten will. „Wir sind bereit, mit Präsident Trump und Präsident [Selenskyj](https://www.welt.de/themen/wolodymyr-selenskyj/) (<https://www.welt.de/themen/wolodymyr-selenskyj/>) auf einen trilateralen Gipfel (mit Russland; Anm. d. Red.) hinzuarbeiten, der von den Europäern unterstützt wird“, hieß es in der Erklärung.

Das ist bis heute die Position Selenskyjs und seiner wichtigsten Verbündeten – den Europäern – geblieben. Monatelang schienen die Gespräche über eine Beilegung des Konflikts seit August zu stocken, während die Ukraine (<https://www.welt.de/themen/ukraine-krise/>) zu Hause in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland militärisch immer mehr unter Druck geriet.

Im Umfeld eines gescheiterten Treffens zwischen Trump und Putin in Budapest legten die Europäer auf Initiative Finnlands im Oktober hinter den Kulissen einen sogenannten 12-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges vor. Der Plan versandete. Noch am Mittwoch versuchte Selenskyj dann bei einem Besuch in Ankara, den türkischen Präsidenten Erdogan für eine Wiederbelebung der Gespräche als Vermittler zu gewinnen.

Die ukrainische Armee soll halbiert werden

Währenddessen schafften Moskau und Washington Fakten. Laut dem US-Nachrichtenportal „Axios“ handelten Trumps Sondergesandter Steve Witkoff und der Putin-Vertraute Kirill Dmitrijew Ende Oktober einen Plan aus (<https://www.welt.de/politik/ausland/video691ee2d0800234221d23c479/us-berichte-ueber-friedensplan-hauptziel-die-ukraine-zu-einer-zustimmung-zu-bewegen-bevor-die-europaeer-intervenieren.html>) . Danach soll die Ukraine die umkämpften Gebiete Donezk und Luhansk – die teilweise noch unter Kontrolle Kiews stehen – vollständig räumen und die Armee halbieren soll. (<https://www.welt.de/debatte/article691eb1df76d3bd8e531docdc/amerikanisch-russischer-friedensplan-dieser-plan-beraubt-die-ukraine-der-fundamente-ihrer-existenz.html>) Gleichzeitig soll die südliche Frontlinie bei Saporischja und Cherson weitgehend eingefroren und Russisch als Staatssprache anerkannt werden.

EU-Diplomaten, die nicht genannt werden wollten, sagten am Donnerstag in Brüssel, der Zeitpunkt der nun bekannt gewordenen Pläne sei für die Ukraine „ungünstig“. Präsident Selenskyj stehe wegen des Korruptionsverdacht (<https://www.welt.de/politik/ausland/article6914934e85499be17f55fe74/korruptionsskandal-in-der-ukraine-energieministerin-tritt-zurueck.html>) s in seiner Regierung intern und international massiv unter Druck. Hinzu käme, „dass die Ukrainer kriegsmüde werden“, nachdem Moskau die nächtlichen Bombardements in den vergangenen Wochen deutlich verstärkt hatte. Als dritter Grund wird schließlich genannt, dass die Ukraine militärisch immer mehr unter Druck gerät. „An eine Rückeroberung von Gebieten ist auf unabsehbare Zeit überhaupt nicht zu denken“, sagte ein Militärvertreter in Brüssel.



Hinzu kommt, dass sich die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen als immer schwieriger gestaltet. Bei Abstimmungen innerhalb der EU, die Einstimmigkeit erfordern, blockiert Ungarn (<https://www.welt.de/themen/ungarn-politik/>). Die Amerikaner liefern keine Waffen mehr und die Europäer geraten beim Kauf von Waffen immer stärker an ihre finanziellen Grenzen.

Große Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien engagieren sich viel zu wenig. Verzweifelt wird daher versucht, die eingefrorenen russischen Vermögen in Europa, wovon rund 140 Milliarden Euro verfügbar wären, zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. Bisher wurde allerdings noch keine rechtssichere Lösung gefunden. Und selbst dann wäre unklar, ob die rechtspopulistische Fidesz-Regierung in Ungarn den Plan unterstützen würde.

Christoph B. Schiltz (<https://www.welt.de/autor/christoph-schiltz/>) *ist Korrespondent in Brüssel. Er berichtet unter anderem über Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, die europäische Migrationspolitik, die Nato und Österreich.*